

Weißeritz-Zeitung

Tageszeitung und Anzeiger für Dippoldiswalde, Schmiedeberg u. U.

Beste Seltung des Bezirks

Bezugspreis: Für einen Monat 2.20 RM.
mit Zuträgen, einzelne Nummern 15 Reichspennige
:: Gemeinde-Verbands-Kontokonto
Nr. 3. :: Fernsprecher: Amt Dippoldiswalde
Nr. 403 :: Postfachkonto Dresden 12548

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts
und des Stadtrats zu Dippoldiswalde

Anzeigenpreis: Die 42 Millimeter breite
Zeile 20 Reichspennige. Eingeladene
Reklamen 80 Reichspennige

Verantwortlicher Redakteur: Felix Jedne. — Druck und Verlag: Carl Jedne in Dippoldiswalde.

Nr. 143

Montag, am 23. Juni 1930

96. Jahrgang

Versteigerung.

Dienstag, am 24. Juni, vormittags 8 Uhr, sollen in Rehdolzhain ein 2-Röhren-Radioapparat (komplett) und ein Lautsprecher sowie Dienstag, am 24. Juni, vormittags 10 Uhr, in Hirschbach versch. Wohnungsmöbel, 1 Klavier, 1 Drehmangel nachmittags 5 Uhr in Niederfrauendorf verschiedene Wohnungsmöbel öffentlich und meistbietend gegen Barzahlung versteigert werden. Sammelort der Bieter: Volkshaus Dippoldiswalde. Der Gerichtsschreiber des Amtsgerichts Dippoldiswalde.

Vertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Auch bei uns und im ganzen Bezirke ist der Wahltag ruhig verlaufen. Hier und da gab es wohl einmal Meinungsverschiedenheiten, auch kleine Unruhen, aber der zweite Teil immer besonnen war, wurde die Ordnung nicht gestört. Schon am frühen Morgen, gleich nach Wahlbeginn, setzte auch das Kommen und Gehen ein. Wer bei dem schönen Wetter verreisen wollte, hat erst noch seine Pflicht als Staatsbürger. Im allgemeinen war niemals starker Andrang an der Urne. Man war verärgert, an eine schwächere Wahlbeteiligung zu glauben, sie ist aber der der vorjährigen Landtagswahl nahezu gleich. Um 5 Uhr wurde die Wahlbehandlung geschlossen, das Auszählen begann. Wie bei früheren Wahlen meldeten auch diesmal wieder die Wendarmeposten geschlossen die Wahlergebnisse ihrer Bezirke. Es mag dies vielleicht nur in unserer Amtshauptmannschaft so gehandhabt werden, es hat sich aber bisher immer gut bewährt und man soll da nicht daran rütteln. Um 5:58 Uhr meldete der Wendarmeposten Döbra als erster, um 8:10 Uhr kamen die letzten vier Ortsergebnisse vom Wendarmeposten Oelsa und bereits 1/10 Uhr lag das Gesamtergebnis des Bezirkes vor. Wir haben dieses an anderer Stelle veröffentlicht. In Dippoldiswalde wählten von zusammen 2988 Wahlberechtigten (1. Bezirk 684 männliche, 791 weibliche, 2. Bezirk 897 männliche, 816 weibliche) insgesamt 2479 Personen. Wahlscheine waren ausgestellt 1. Bezirk = 26, 2. Bezirk = 40. Im Bezirk war an manchen Orten die Wahlbeteiligung außerordentlich rege. So gingen z. B. in Bertschdorf von 67 = 88 zur Urne, in Wittgensdorf von 66 Wählern sogar 63. Die Wahlergebnisse machten wir, wie immer, durch Anschlag bekannt. Unser Fenster war von Anfang an stark umlagert. Und je nach Parteizugehörigkeit und deren Resultaten wurden die Gesichter immer heller oder düsterer, besonders als wir 1/10 Uhr das Gesamtergebnis und gegenübergestellt das der Landtagswahl von 1929 veröffentlichten. In unserm Bezirk haben diesmal genau 350 weniger gewählt. Die Nationalsozialisten haben ihre Stimmenzahl rund verdreifacht, auf Kosten der anderen bürgerlichen Parteien. Je rund 1000 Stimmen haben Deutsche Volkspartei, Wirtschaftspartei, Deutschnationale Volkspartei und Landvolk verloren. Die Demokraten häuften 500 Stimmen ein. Die neuen Parteien, Volkshausvereinigung und Christlich nationaler Volksdienst brachten zusammen 1650 Stimmen auf. Auf der anderen Seite verschoben sich 1000 Stimmen zu Gunsten der Kommunisten. Wenn man auch mit einem starken Anwachsen der nationalsozialistischen Stimmen gerechnet hatte, werden doch wohl nur wenige ein Resultat erwartet haben, wie es tatsächlich gekommen ist. Vorausgeschickt sei, das bisherige Verhältnis 45 : 51 Sitze zwischen links und rechts — WPP, rechts gerechnet, wo sie sich auch immer aufgehalten hat —, ist geblieben. Die Sozialdemokraten haben einen Sitz verloren, die Kommunisten ihn gewonnen, eine Schwächung bringt das erstere nicht. Rechts ist die stärkste Partei die WPP. Aber wird es ihr möglich sein, zusammen mit den anderen rechtsstehenden Parteien eine Regierung zu bilden? Wir glauben es vorläufig nicht. Vermutlich wird der Austausch genau so weitergehen, wie es bisher gewesen ist und man wird schließlich doch wohl wieder auf ein Beamtenkabinett zukommen, um einen Ausweg aus dem großen Wirrwarr zu finden. Was eine freit dann aber fest, die Neuwahlen haben, von der Verschiebung innerhalb der Parteien abgesehen, nichts geändert, die Landtagsaufstellung vor der Verabschiedung des Etats hat nur den geordneten Gang der Regierungsmaschine gestört und hat viele Arbeiten nicht zur Ausführung kommen lassen, da dafür noch keine Mittel bewilligt waren. Dadurch ist die Arbeitsnot nicht gebessert, sondern nur verschärft worden. Was Einsichtige voraussehen, ist eingetreten, rechten Zweck hatte die Landtagsaufstellung nicht.

Dippoldiswalde. Am vergangenen Sonnabend wurden nicht weniger als drei Wahlversammlungen in unserer Stadt noch abgehalten. Jetzt nach der Wahl noch auf sie einzugehen, hat wenig Wert, denn inzwischen haben die Wähler sich entschieden. Aber eine Versammlung, eine Wahlrede war doch recht interessant, die des Bürgermeisters und Landwirts Max Heyn aus Götz, der die christl. nat. Bauern- und Landvolk-Partei im Thüringischen Landtage vertritt, im früheren Götzhaischen Landtage auch eine Zeitslang Minister gewesen ist. Aus seinem Munde hörte man dabei einmal die Gegenseite sprechen zu den Vorgängen im Thüringischen Landtage, die von den Nationalsozialisten immer ganz im Fritschen Geiste dargestellt werden. Er ging weit zurück in seiner Rede, bis zu Bismarck, dessen System er ein besseres, denn das heutige nannte und zu Caprivi, der der Landwirtschaft schwere Wunden schuf, und doch seien jene Zeiten nicht zu vergleichen mit den gegenwärtigen. Recht lange verweilte er bei dem Thüringischen Aufstande im Anschluß an den Rapp-Putsch und den Vorgängen, die seinerzeit gleich wie in Sachsen ein Eingreifen der Reichswehr nötig machten. Sie galten ihm als Grundlage für die Forderung, immer darnach zu trachten, daß kräftige Rechtsregierungen gebildet werden. Scharf wendete er sich gegen die fortgesetzten Behauptungen, der Land-

Vorläufiges Gesamtergebnis der Landtagswahl.

Verteilung der Abgeordneten-Sitze nach dem vorläufigen Ergebnis.

In Klammern die Mandatsverteilung im vorigen Landtag.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands	32 (33)
Deutschnationale Volkspartei	5 (8)
Zentrum	— (—)
Deutsche Volkspartei	8 (13)
Kommunistische Partei Deutschlands	13 (12)
Demokratische Partei	3 (4)
Wirtschaftspartei	10 (11)
Nationalistische Arbeiterpartei	14 (5)
Landvolk	5 (5)
Volkrechtspartei	2 (3)
Alte Sozialdemokratie	— (2)
Kommunistische Opposition	— (—)
Volkshausvereinigung	1 (—)
Christlich-sozialer Volksdienst	2 (—)

Wahlkreis Dresden-Baugen.

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1929: 368814.	432319.
2. Deutsche Volkspartei	1929: 129071.	85389.
3. Kommunistische Partei Deutschlands	1929: 93667.	100811.
4. Wirtschaftspartei	1929: 109641.	107258.
5. Deutschnationale Volkspartei	1929: 91554.	50826.
6. Landvolk	1929: 41868.	55038.
7. Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei (Hitler)	1929: 27773.	106068.
8. Demokraten	1929: 54503.	37667.
9. Volkrechtspartei	1929: 11330.	6837.
10. Alte Sozialdemokratie Deutschlands	1929: 20531.	10055.
11. Kommunistische Partei (Opposition)	1929: 2783.	3768.
12. Volkshausvereinigung	1929: (—)	30413.
13. Christlich-Sozialer Volksdienst	1929: (—)	13967.

Wahlkreis Leipzig.

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1929: 258611.	257703.
2. Deutsche Volkspartei	1929: 115530.	87982.
3. Kommunistische Partei Deutschlands	1929: 110743.	112725.
4. Wirtschaftspartei	1929: 69935.	67145.
5. Deutschnationale Volkspartei	1929: 45796.	28040.
6. Landvolk	1929: 38525.	36531.
7. Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei (Hitler)	1929: 25901.	78556.
8. Demokraten	1929: 32609.	26779.
9. Volkrechtspartei	1929: 28510.	21093.
10. Alte Sozialdemokratie Deutschlands	1929: 7778.	8246.
11. Kommunistische Partei (Opposition)	1929: 7611.	4477.
12. Volkshausvereinigung	1929: (—)	3538.
13. Christlich-Sozialer Volksdienst	1929: (—)	7118.

Wahlkreis Chemnitz-Zwickau.

1. Sozialdemokratische Partei Deutschlands	1929: 295457.	281305.
2. Deutsche Volkspartei	1929: 118781.	53948.
3. Kommunistische Partei Deutschlands	1929: 141130.	142020.
4. Wirtschaftspartei	1929: 125308.	102299.
5. Deutschnationale Volkspartei	1929: 80959.	45434.
6. Landvolk	1929: 35593.	28928.
7. Nationalsoz. Deutsche Arbeiterpartei (Hitler)	1929: 71468.	192160.
8. Demokraten	1929: 28087.	19225.
9. Volkrechtspartei	1929: 30292.	16152.
10. Alte Sozialdemokratie Deutschlands	1929: 11259.	5896.
11. Kommunistische Partei (Opposition)	1929: 9838.	5400.
12. Volkshausvereinigung	1929: (—)	36332.
13. Christlich-Sozialer Volksdienst	1929: (—)	6582.

wirt zahle keine Steuern. Jahrelang habe er umsonst gearbeitet; durch viel zu niedrige Preisbildung in der Zwangsbewirtschaftung und noch jetzt zahle er indirekte Steuern in hohem Ausmaß. Ein weiteres Kapitel der Rede galt dem Beweis für die Notwendigkeit berufsständiger Listen. Gewerkschaften auf den Listen fast aller Parteien Landwirte, aber erst dort, wo sie niemals in die Parlamente kommen würden und jene sahen Beschlüsse zum Schaden des Berufs. Die Belange des Landvolkes würden am sichersten und besten durch eigene Vertreter gewährleistet. Wiederholt während seiner 1 1/2-tägigen Rede beschäftigte sich der Redner mit Minister Fried und seinen Genossen. National sei gut. Auch das Landvolk sei ganz national, das Wörtchen „sozial“ aber gebe immer zu denken. Unendlich viel hätten die Nationalsozialisten vor der Wahl versprochen, um nun etwas einzulösen, habe man 90 000 RM. gefordert. Seine Partei habe schweren Herzens zugestimmt, um nicht die Regierungs-Koalition auseinander fallen zu lassen. Schon komme man mit neuen Forderungen und habe dabei den Antrag gestellt, der Kirche 1/3 von den ihr gesetzlich zustehenden Beträgen zu kürzen. So sehe in Thüringen der Nationalsozialismus; die nat.-soz. Vertreter seien ganz unberechenbar. Jede Woche gebe es durch sie eine Kriese; wie könnten auch Volksparteiler und Nationalsozialisten unter einen Hut kommen. Die Landvolk-Vertreter seien da immer die Ausgleichenden. Wenn Fried behauptete, seine Partei habe Thüringens finanzielle Verhältnisse gebessert, so behauptete er das Gegenteil. Spargelsetze seien in Thüringen von den Nationalsozialisten immer bekämpft worden. Zum Schluß seiner Rede fand Heyn warme Worte für Minister Schiele und orderte ein Paroli der Geldverschwendung. In einer Debatte

wandte sich Stadtverordneter Schön, Elberfeld, der am Abend in der deutschnationalen Wählerversammlung sprach, scharf gegen die berufsständigen Listen, die sich auf die Dauer nicht halten würden, und gegen Schiele, dem er vorwarf, daß er die Arbeiter den Konsumvereinen zugeschoben habe. Er sah alles Heil in der Bekämpfung des Liberalismus, der Vorfrucht des Marxismus.

Dippoldiswalde. Nächste Mütterberatung Dienstag, am 24. Juni, nachmittags von 2—3 Uhr, selbige findet diesmal ausnahmsweise wegen Baulichkeiten im Diakoniat im Schützenhaus (kleiner Saal) statt. — Nächste Tuberkulosenberatung Mittwoch, am 25. Juni, vormittags von 1/210—1/212 Uhr, im Bezirkshaus (Gartenstraße).

Wegen Bauarbeiten wird die Staatsstraße Grüllenburg—Frauenstein zwischen km 15,550—15,700 in Flur Friedersdorf für den Durchgangsverkehr vom 23. bis 28. Juni 1930 gesperrt. Der Verkehr wird über Köthenbach verwiesen.

Altenberg. Ein Motorradfahrer, der am Mittwoch früh die Rehefelder Straße entlang fuhr, hat die auf dem Sojus sitzende Mitfahrerin in voller Fahrt verloren. Das Mädchen hat eine Kopfverletzung erlitten und wurde von Spaziergängern aufgehoben.

Der Mittagszug 2896 Seidenau—Altenberg langte Freitag mit 40 Minuten Verspätung hier an. Die Ursache war eine Laufachsen-Entgleisung der Lokomotive zwischen Weesenstein und Burthardswalde. Die Fahrgäste wurden mittels Güterzuges bis Glashütte befördert.

Wetter für morgen:

Keine wesentliche Veränderung, leichte Störungen, insbesondere Gewitter, nicht ausgeschlossen.

* Der Bürgermeister der südslowakischen Hauptstadt Belgrad und 13 Mitglieder des Gemeinderates sind ihrer Stellen enthoben worden. Unter den neuernannten Gemeinderäten befinden sich drei Deutsche; bisher war ein Deutscher im Gemeinderat von Belgrad vertreten.

Dertliches und Sächsisches.

Dippoldiswalde. Am Sonnabend wurden noch zwei Wahlversammlungen abgehalten. Eine solche der Wirtschaftspartei war von ca. 40 Mann besucht. Sie verlief teilweise ziemlich lebhaft, da auch Gegner amwesend waren. Die Versammlung der Deutschen Volkspartei wurde nicht eröffnet, da der Besuch sehr schwach war und der Redner schon am Bauerntag am Nachmittag als Gegenredner aufgetreten war.

Dippoldiswalde. Einmal in jedem Semester hält der Verein „Glück zu!“ einen Gästeabend ab, zu dem besonders eingeladen wird. Im laufenden Semester waren die Einladungen für Sonnabend herausgegangen; Sonnabend vor der Landtagswahl. Das wirkte sich insofern etwas ungünstig aus, als noch mancher, der sonst gern gekommen wäre, durch Versammlungen abgehalten wurde. Aber trotzdem; es hatte sich eine ganze Zahl Gäste eingefunden, darunter Abordnungen der V. e. S. Hanja und der Libertas, sowie geschlossen die Vereinigung „Germania“. Ihnen allen galt die Begrüßungsworte des Präsidenten Hempel. Der Kommissions Marschall hielt einen Vortrag über das Thema: Worin ist die Erklärung zur Bildung so vieler neuer Staaten im Osten, Süden und Norden Europas zu suchen? Er schilderte eingehend die Staatenneubildungen durch den Zerfall Oesterreichs und Russlands, und sah den Grund in der Neubildung hauptsächlich in Maßnahmen der Entente, um Deutschland und Russland von einander zu trennen und ersteres niederzuhalten. Im weiteren Verlaufe des Abends dankte der 1. Präside der Germania dem Glück zu! für die Einladung. Bei froher Stimmung, Liedersang und Vorträgen verlief der Abend harmonisch bis zu seinem Ausklang.

Rheinlanddrömung-Gedenkmarten. Die Reichspost gibt aus Anlaß der Rheinlanddrömung Gedenkmarten zu 8 und 15 Pfennig mit zweizeiligem schwarzen Aufdruck 30. 6. 30 zwischen den Wertziffern am unteren Rand aus.

Wahrt die Heuschober vor Feuer. Durch die anhaltende warme Witterung ist die Heuernte in vollem Gange. Bald wird das Heu reiflos eingebracht sein. Leider stehen nicht immer die Räume zur Verfügung, die zur Unterbringung der Heuvorräte notwendig sind. Besonders wird es in diesem Jahre der Fall sein, weil die Erträge erfreulicherweise recht gut sind. Zahlreiche ländliche Besitzler werden gezwungen sein, Heuschober (Mieten) im Freien zu legen. Pflicht ist es daher, die Schober nach Möglichkeit gegen Feuer zu schützen. Beim Schober der Heumieten ist stets darauf zu achten, daß sie nicht in größeren Gruppen dicht aneinander stehen. Nach den polizeilichen Vorschriften müssen die Schober mindestens 30 Meter voneinander, von Gebäuden, öffentlichen Wegen, gemeinschaftlichen Wirtschaftswegen und Eisenbahnen entfernt sein. Biersack muß trotz aller Hinweise immer wieder die Unfahre beobachtet werden, daß die Schober in unmittelbarer Nähe von Gebäuden stehen. Durch diese Fahrlässigkeit sind nicht nur die Schober allein außerordentlich gefährdet, sondern das ganze Gehöft kann durch einen Brand in Mitleidenschaft gezogen werden.

Die neben dem Gasthaus „Schönburg'sches Haus“ in Aßfalter gelegene Scheune des Landwirts Paul Weigel ging am Freitag nachmittags in Flammen auf. Die Scheune war nach einem Brand im Mai v. J. erst wieder neu errichtet worden. Die Entstehungsursache ist unbekannt.

In Hradec geriet die Scheune des Wirtschaftsbefizers Hedert in Brand. Ungewöhnliche Winde brachten das Wohnhaus und andere Nachbargebäude in Gefahr. Hier Behren aus dem Orte und aus der Umgebung bekämpften das Feuer und erreichten, daß nur die Scheune mit Heu, Stroh, Ackergeräten und landwirtschaftlichen Maschinen vernichtet wurde. Der Besitzer befand sich bei Ausbruch des Brandes mit seinen Leuten auf der Wiese.

Matter. Auf der Straße zwischen Kurhaus Matter und dem Walde geriet gestern nachmittags ein Kraftwagen (Hanomag) in Brand. Es gelang dem Besitzer, die Flammen noch rechtzeitig zu ersticken, so daß der Schaden nicht allzu groß geworden ist.

Schmieberg. Die nächste Mütterberatungsstunde findet am Mittwoch, dem 25. Juni 1930, nachmittags von 2—3 Uhr statt.

Dresden. Eine Dreizehnjährige verlor sich Selbstmord. Die Sanitätsabteilung der Feuerwehr wurde nach einer Wohnung in der Uhlandstraße gerufen, wo ein 13 Jahre altes Mädchen gasvergiftet aufgefunden wurde. Es lag Selbstmordverdacht vor. Das Mädchen konnte nach längerer Anwesenheit des Sauerstoffapparates ins Leben zurückgerufen werden und wurde der Heil- und Pflegeanstalt zugeführt.

Wilsdruff. Auf dem Bahnhof Birkenhain-Limbach stand längere Zeit ein Eisenbahnwagen, der dieser Tage nach Reßfeld verschoben wurde. Dort bemerkten Eisenbahnbeamte über den Rädern im Gefänge ein Vogelnešt mit vier Jungen, die die Fahrt mitgemacht und gut überstanden hatten. Die munteren Tierchen wären sicher verhungert, wenn die tierfreundlichen Beamten sich nicht ihrer erbarmt und bei der ersten besten Gelegenheit das Nest mit den hungrigen Mäulern wieder nach dem Bahnhof Birkenhain-Limbach zurückgebracht hätten. Sie hatten es kaum in die Nähe des Platzes gebracht, wo der Wagen erst gestanden hatte, da stellte sich auch das Bachstelzenpaar wieder ein und setzte die Fütterung seiner Spröhlänge fort.

Sebnitz. Verschiedene Blätter hatten die Meldung gebracht, daß hier ein Vater sein 6 Monate altes Kind im Jahorn erschlagen habe. Wie wir von unterrichteter Seite erfahren, entspricht diese Meldung nicht der Tatsache. Die Obduktion der Kindesleiche ergab einwandfrei, daß das Kind an einer Erkrankung innerer Organe gestorben ist. Der bereits verhaftete Vater mußte deshalb sofort wieder auf freien Fuß gesetzt werden.

Großhöfeln (Osch). Die ersten Karben auf dem Felde. Die trockene und warme Witterung bringt das Getreide in diesem Jahre besonders schnell zum Ausreifen. Mit dem ersten Herbstschnitt, der wohl der erste in ganz Sachsen sein dürfte, begann ein Landwirt auf Großhöfeler Flur. Auch anderwärts wird der Wind in den nächsten Tagen über die Stoppeln wehen.

Leipzig. Die Gewalt über den Kraftwagen verloren. An der Straßenbahnhaltestelle in Engelsdorf ereignete sich ein schwerer Kraftwagenunfall, der ein Menschenleben forderte. Dicht bei der Wartehalle geriet der Kraftwagen des Leipziger Vertreters Johannes Tauscher ins Schleudern, rannte gegen die Wartehalle und stürzte dann in den Straßengraben. Tauscher war sofort tot. Eine im Innern des Wagens mitfahrende Ethelie P. erlitt einen Armbruch und fand Aufnahme im Krankenhaus. Die Wartehalle wurde leicht beschädigt, der Kraftwagen vollständig zertrümmert.

Meerane. Zu lebhaften Auseinandersetzungen kam es in der Sitzung der Stadtverordneten. Für die Modernisierung der städtischen Feuerlöchanlage hatte das Stadtverordnetenkollegium einen Voranschlag von rund 18000 M. bewilligt gehabt. Die Alarmeinrichtung war daraufhin von Grund auf modernisiert worden. Als der Bau fertig war, hatte man nicht die veranschlagten 8400 m Leitung verbaut, sondern über 21000 m, die Kosten belaufen sich nicht auf 18000 sondern auf über 30000 Mark. Alle Fraktionen von der äußersten Linken bis zur äußersten Rechten erhoben gegen die Art und Weise der Ueberföhrung lebhaften Einspruch und verwurten die Eigenmächtigkeit des sozialdemokratischen Feuerwehrdezernenten, der ohne einen Ausschuß oder das Stadtverordnetenkollegium zu befragen, gehandelt hatte. Auch die eignen Parteifreunde mißbilligten diese Handlungsweise.

Chem. Der infolge des milden Winters jetzt überall im Erzgebirge auftretende Lärchenwälder macht sich jetzt auch in den Waldungen des Greifensteingebietes unangenehm bemerkbar, indem er den jungen Nadelwuchs vollständig vernichtet. Das gesamte Greifensteingebiet macht einen trostlosen Eindruck. Man will versuchen, den Schädling durch Giftbestäubung zu vernichten.

Schlösslein-E. Der Stadtrat beschloß, den Haushaltplan, der nach wiederholter Beratung durch den Finanzausschuß und trotz größter Einsparungen und Zurückstellung vieler Wünsche mit einem ungedeckten Fehlbetrag von rund 70000 Mark abschließt, anzunehmen und den Stadtverordneten zur Entschließung vorzulegen.

Schleifau. Die hiesige in Konkurs geratene Erzgebirgische Fabrik landwirtschaftlicher Maschinen wird jetzt abgebrochen. Den Abbruch betreibt die Firma König AG., Zwickau. Die Fabrik stand einst in vollster Blüte und gab einigen hundert Arbeitern Lohn und Brot.

Schneeberg. Der 17jährige Sohn eines hiesigen Friseurs hatte eine kupferne Hülle gefunden und diese ahnungslos in den brennenden Ofen. Es handelte sich jedoch um eine Patrone, die in der Ofen sofort explodierte. Aus der Feuerung schlug eine Stichflamme, die den bedauernswerten jungen Menschen so schwer im Gesicht verbrannte, daß er das Licht des einen Auges einbüßte.

Oelsnitz i. V. Die elfjährige Tochter Irma des Säge- und Holzhandlungsbefizers Neumärker in Unterwieschnitz ist im hiesigen Krankenhaus verstorben. Das Mädchen hatte sich, barsüß gehend, am Donnerstag an einen Stein gestoßen. An dieser Stelle bildete sich eine Wunde und eine Blase, die das Kind geöffnet hat. Es kam Wundstarrkrampf dazu. Der sofort zu Rate gezogene Arzt ordnete die Ueberföhrung des Mädchens ins Krankenhaus Oelsnitz an, wo es bald darauf verstorben ist.

Chemnitz. In dem Freibad Alchemnitz ereignete sich Sonntag nachmittags ein schwerer Unglücksfall. Die die Ufer verbindende Brücke brach unter der Last der Badegäste zusammen. Etwa 40 Personen wurden verletzt. Die meisten Verletzungen sind jedoch leichter Art.

Zu dem Brückeneinsturz im Flußbad Alchemnitz wird von der Polizei gemeldet, daß bei dem Vorgang, soweit bis jetzt bekannt ist, 135 Personen verletzt worden sind. Die Verletzungen sind zum größten Teil nur leichter Natur. Die Erörterungen zur Klärung der Ursache des Unfalles und der Schuldfrage sind noch nicht abgeschlossen.

Chemnitz. Wie zu der Familientragödie in Ebersdorf noch bekannt wird, dürfte der Grund zu der entsetzlichen Tat keineswegs in miflichen wirtschaftlichen Verhältnissen zu suchen sein, sondern vielmehr in einem zerrütteten Familienleben, verursacht durch den verwerflichen Lebenswandel der Tochter. Diese soll, als sie in einem Tuchgeschäft angestellt war, längere Zeit hindurch in den letzten Tagen bei der Familie Wilhelm Hausfuchungen vornahm. Das Mädchen, das in die Heil- und Pflegeanstalt überführt worden war, ist dort an den Folgen der Gasvergiftung gestorben.

Chemnitz. Vom Zuge überfahren. Nachts wurde auf dem unbewachten Bahnübergang vor dem Bahnhof Schweinitzthal der Radfahrer Eichelberger aus Reuhausen von einem Güterzuge angefahren. Eichelberger war sofort tot.

Chemnitz. Schwerer Straßenbahnunfall. An der Endstelle der hiesigen Straßenbahnlinien 8 und 10 auf der Weststraße stieß ein Straßenbahnzug der Linie 8 mit solcher Gewalt auf, daß vier Personen ziemlich schwer verletzt wurden. Der Materialschaden ist an beiden Wagenzügen beträchtlich. Die Schuldfrage bedarf noch der Klärung.

Tusfa. Historische Funde. Gelegentlich der Bauarbeiten am Ziegelteich bei Tusfa im Erzgeb. wurden für die Heimatforschung wichtige Funde gemacht. Man fand drei Ziegel, von denen einer 8 Kilogramm schwer, eine Burgsinnenspitze darstellt, wie sie im Mittelalter zu Einfassungen verwendet wurden; die beiden anderen sind Flachziegel, wobei der kleinere die Jahreszahl 1331 und der größere die Bezeichnung „D. v. B.“ (Herren von Bübau?) trägt. Diese Funde sind Beweisstücke dafür, daß vor 600 Jahren auch am Rande des Erz- und Sauersteingebirges eine Kulturstätigkeit bestand.

Oberwiesenthal. Unbekannter Toter am Reiterberg gefunden. Im Gelände des „Kalten Winters“

am Reiterberg, auf böhmischer Seite, fanden hiesige Einwohner einen gänzlich in Verwesung übergegangenen Toten auf. Es wurden nur noch Knochenreste und Kleidungsstücke aufgefunden. Ob es sich um ein Verbrechen handelt, oder ob der Mann im Winter erfroren ist, das werden die behördlichen Untersuchungen ergeben, die sofort angefleht wurden.

Schwarzenberg. Schadenfeuer. In Raschau brannte das Haus des Buchbinders Helwig. Die Brandursache ist noch nicht ermittelt.

Plauen. Das Flugzeug D 1861 (Führer Fischer) hat bei der mittags links 1 Uhr erfolgten Landung Federbeinbolzenbruch am linken Fahrstuhl erlitten. Die drei Fluggäste und der Führer sind unverletzt geblieben.

Letzte Nachrichten.

Zeppelin in Hamburg.

Hamburg, 23. Juni. Hamburg stand am Sonntag vollständig im Zeichen des Empfanges des Luftschiffes „Graf Zeppelin“. Gegen 4 Uhr nachmittags landete es unter dem Jubel der Menschenmengen. Als das Luftschiff schon längere Zeit auf dem Platz gelegen hatte, bekam es plötzlich, vermutlich durch die Wärme so starken Auftrieb, daß die Mannschaften es nicht mehr halten konnten. Das Luftschiff kehrte nicht wieder zurück, sondern fuhr gleich nach Staaßen, wo es abends wieder landete. Kapitän Lehmann, der das Luftschiff verlassen hatte, mußte mit der Bahn nachfahren.

Ein Lagerschuppen in Aßfalete gelegt.

Magdeburg, 23. Juni. Am Sonntag wurde die gesamte Magdeburger Feuerwehr nach der Obenfelderstraße gerufen, wo ein Lagerschuppen der Müßelhandlung Hogö in Flammen stand. Unter tatkräftiger Unterstützung durch Schutzpolizei wurde der Angriff gegen den Brandherd von drei Seiten vorgetragen. Mit 14 Schlauchleitungen gelang es, die Flammen zu löschen. Der Lagerschuppen ist niedergebrannt.

Auftakt der Hugsburger 400-Jahrfeier.

Hugsburg, 22. Juni. Am heutigen Sonntag fand in Hugsburg die Einleitung der Hugsburger 400-Jahrfeier mit einem evangelischen Volksfest statt. Die Zahl der auswärtigen Teilnehmer wird auf etwa 50000 beziffert. Zusammen mit der Hugsburger Bevölkerung ergibt sich eine Gesamtteilnehmerzahl von mehr als 100000 Personen. Die gesamte Stadt prangt im Flaggenschmuck. In sämtlichen evangelischen Kirchen der Stadt, in den großen Sälen und teilweise auch im Freien fanden Sonntag vormittags 21 Festgottesdienste statt. An die 21 Festgottesdienste schlossen sich die Aufführungen des Festspiels „Das Bekenntnis von Augsburg“ von Seminarbibliothekar Julius Schieder aus Nürnberg an. Das Spiel bietet in einer Reihe von Szenen die charakteristischen Geschehnisse des Jahres 1513. Die Aufföhrung fand bei der Bevölkerung eine dankbare Aufnahme. Am Nachmittag erfolgte der historische Festzug, die 25 Bilder aus der mittelalterlichen und kirchlichen Geschichte von Augsburg, die von 2000 Darstellern dargestellt wurden, ergaben eine Schau von großer Schönheit und kulturhistorischem Wert.

Kirchliche Nachrichten.

- Dienstag, den 24. Juni 1930.
- Dippoldiswalde. Abends 7.15 Uhr Posaunenblasen auf dem Friedhofe. Abends 8 Uhr Johannisfeier in der Nikolaikirche; DRK. Michael. (Kirchenmusik: Chorgesang.)
 - Sennersdorf. Abends 8 Uhr Johannisfeier auf dem Friedhofe.
 - Ruppendorf. Abends 8 Uhr Johannis-Andacht mit anschließ. Abendmahl.
 - Seifersdorf. Abends 8 Uhr Johannisfeier auf dem Friedhofe (bei ungenügender Wetter auf dem Friedhof).
 - Hörsdorf. Johannisfeier auf dem Friedhof.
 - Johnsbach. Abends 8 Uhr Friedhofsfeier.
 - Reichstädt. 1/8 Uhr abends Weihe und heiliges Abendmahl.
 - 8 Uhr abends Andacht auf dem Friedhofe.
 - Sabisdorf. Abends 8 Uhr Johannisfeier auf dem Friedhofe (bei ungenügender Witterung in der Kirche).
 - Wärenburg. 5 Uhr Johannisfeier auf dem Friedhof.
 - Schellerhan. Abends 8.15 Uhr Johannisfeier in der Kirche.
 - Schmieberg. Abends 7 Uhr alter Friedhof, 7.20 neuer Friedhof: Johannisandacht.
 - Ripsdorf. Abends 8 Uhr Johannisfeier auf dem Friedhofe.
- Mittwoch, den 25. Juni 1930.
- Wärenfels. Abends 8.15 Uhr Bibelstunde im Diakonissenheim.
 - Donnerstag, den 26. Juni 1930.
 - Schmieberg. Abends 8 Uhr Bibelstunde im Pfarrhause.
- Gemeinde gläubig getaufter Christen.
- Schmieberg. Lutherplatz 25. Donnerstag, 26. 6., abends 8 Uhr Bibelstunde.

Drucksachen

jeder Art — sauber, rasch, preiswert



Carl Jehne

Kraftiges
Alleinmädchen
für sofort gesucht
Baronin Perglas jun.
Verrentsch

Vilitenkarten
C. Jehne

Einkoch-Gläser
einzelne Deckel
Einkoch-Apparate
Fruchtpressen
Gummi-Ringe
sehr gut und billig
Hans Pflütz
Obertorpl., nebst Louis Schmitz

10
Jola
Jola
treis, st
Zubläum
Eröffn
des Parl
feiern un
nalla-Be
nadt-Ge
Beficht in
ändert h
930, als
durch die
lung ritte
Schö
Solon“ U
gab. Die
isländisch
tling wa
Landestei
dem Vor
merwoche
breiten
Abte und
Reiches r
Mit
Gefäh
Mitglied
Nebenfir
ging, eig
als ein
gangen.
aus den
festen Re
Land erfr
„Du
doch un
Edha, u
isländisch
gelte und
Wölfsger
Berföhr
Biehfeud
Den
dens un
der Sage
liche Blü
ausdrück
vols un
fremdhe
ercang
Dänemar
feiner G
Das
feler 36
Jäländer
auf beise
den, lieb
die germ
bewahrt
Der
eine Stä
Fürstent
das Sch
Biel lä
alt-germ
land der
feinen W
feld; ni
draußen
die islän
Empfind
als erbe
isländisch
kraft gen
Feiden
unverge
Der
Jahrfeler
hat leide
müssen,
teilnahm

Beilage zur Weisheit-Zeitung

Nr. 143

Montag am 23. Juni 1930

96. Jahrgang

Der Reichsrat stimmte dem Gesetzentwurf über die Reform der Arbeitslosenversicherung unter Annahme einiger Änderungsanträge Preußens mit großer Mehrheit zu.

In der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli finden in den Städten des Saargebietes Treuekundgebungen statt. Aus Anlaß der Vertretertagung des Landbundes in Königsberg fand ein Telegrammwechsel des Landbundes mit dem Reichspräsidenten statt.

Der Reichstag beginnt am heutigen Montag die zweite Beratung des Haushaltsplanes des Reichsernährungsministeriums und in Verbindung damit die Beratung des Dürstergesetzes.

Unter Führung Dr. Ekeners fährt das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Sonnabend und Sonntag seine neue Deutschlandfahrt aus.

Der Vatermörder Zell ist trotz des Urteils des Strafrechtsausschusses des Reichstags in Ravensburg hingerichtet worden.

Am 14. August beginnt in Altona der Strafprozeß wegen der Bombenanschläge in Schleswig-Holstein.

Das gegen den Betriebsanwalt Winter ausgesprochene Gefängnisurteil ist mit der abliegenden Entscheidung des Reichsgerichts nunmehr in Kraft getreten.

Der französische Pfleger Guillaumet, der am 12. Juni Santiago verließ und seitdem vermißt wurde, ist in einer wilden Gebirgsgegend in den Anden lebend aufgefunden worden; das Flugzeug war zertrümmert.

1000 Jahre Althing.

Island feiert die Geburt des Parlaments.

Island, das Eis- und Nebelland hart am Polarkreis, steht im Schmelz der Fahnen; ein seltenes Jubiläum wird gefeiert: der 1000. Jahrestag der Eröffnung des Althing und damit die Geburt des Parlaments der Neuzeit. Schauplatz der Hauptfeiern und des Trachtenfestes ist die historische Thingvalla-Ebene, die sich nur 40 Kilometer von der Hauptstadt Reykjavik entfernt ausbreitet, trotzdem aber ihr Gesicht im Laufe der zehn Jahrhunderte fast nicht geändert hat, so daß sie heute noch ebenso daliegt wie 930, als die Jarlen mit Weib, Kind und Spielleuten durch die Allmännerflucht zur ersten Thingversammlung ritten.

Schöpfer dieses Althings war der „isländische Solon“ Alfljot, der 930 Island eine Verfassung gab. Die wichtigste Körperschaft der damit verankerten isländischen aristokratischen Republik, eben der Althing war eine aus den kundigsten Männern aller Landesteile zusammengesetzte Versammlung, die unter dem Vorsitz des „Gesetzredners“ in der ersten Sommerwoche jedes Jahres vierzehn Tage lang auf der breiten Thingvalla-Ebene die oberste Gerichtsbarkeit übte und die allgemeinen Angelegenheiten des Insel-Reiches regelte.

Mit scharfem Verstand und mit einem starken Gefühl für Recht und Billigkeit walteten die Althinglieder der Thingversammlung ihres Amtes. Ihre Reden sind uns nicht überliefert worden; als man daran ging, Sitzungsprotokolle anzufertigen, war bereits mehr als ein Jahrhundert seit Eröffnung des Althing vergangen. Aber man kennt die Entscheidungen und weiß aus den herrlichen isländischen Sagas, einer welch festen Rechtssicherheit man sich schon damals in Island erfreute.

„Durch Mannes Rede wird ratlos der Mann, doch unklar durch Abschließung“; so heißt es in der Edda, und nach diesem Spruch handelte auch das isländische Bauernvolk, als es sein Gemeinwesen regelte und — vor tausend Jahren! — mündelvermittelten Volksgenossen Unterstützung gewährte und Gemeinde-Berichtungsvereinigungen gegen Brandschaden und Viehseuchen errichtete.

Den Kämpfen mit der rauhen Natur des Nordens und den mächtigen Feinden im Helldunkelalter der Sagas folgte eine lange kulturelle und wirtschaftliche Blüte. Dann schwächten Bürgerkämpfe, Vulkan-ausbrüche und verheerende Seuchen die Kraft des Inselvolks und bereiteten den Boden für eine drückende Fremdherrschaft vor. Erst viele Jahrhunderte später errang Island, das heute durch Personalunion mit Dänemark verbunden, im übrigen aber selbst Herr seiner Geschichte ist, seine Freiheit zurück.

Das deutsche Volk nimmt an der 1000-Jahrfeier Islands herzlich Anteil. Wie wir sind die Isländer ein germanisches Volk, zudem ist uns Island, auf dessen Boden die Eddalieder gesammelt wurden, lieb als das Land, das dichtend das Andenken an die germanischen Volkstönige der Völkerwanderungszeit bewahrt hat.

Der isländische Bauernhof war eben nicht nur eine Stätte der Arbeit, sondern eher schon ein kleines Fürstentum, dessen Inhaber allezeit neben dem Pflug das Schwert und die Harpe des Sängers liegen hatte. Viel länger als im Süden hatte sich in Island die alt-germanische Lebensverfassung erhalten, galt für Island der Satz aus dem alten Sittengebüch: „Von seinen Waffen gehe weg der Mann seinen Fuß auf dem Feld; nicht weiß man gewiß, wann des Wurfspeeres draußen man bedarf.“ Inzu kam, daß so nicht nur die isländische Lebensweise für die Handlungen und Empfindungen der Männer unserer Vorfahrt verständlich werden mußte, sondern daß auch der nordwestlich-isländische Stamm des Germanenvolkes Einbildungskraft genug hatte, um das Reich seiner Gottheiten und Heiden auszugestalten in bunten Bildern und unvergeßlichen charakteristischen Geschichten.

Der „Graf Zeppelin“, der Island zur 1000-Jahrfeier die Größe Deutschlands überbringen wollte, hat leider seine Fahrt im letzten Augenblick abbrechen müssen, doch vermag das die Herzlichkeit unserer Anteilnahme an dem Fest einer der nördlichsten germani-

schen Siedlungen nicht zu beeinträchtigen. Uebrigens hat Island dem Süden nicht nur etwas geschenkt, sondern es hat auch vom Süden etwas empfangen, wie die Bilder Goethes und Schillers beweisen, die manches isländische Bauernhaus zieren.

Treuekundgebung der Saar.

Ein Gruß nationaler Verbundenheit. — Segen die Erlangung der Freiheit durch neue Opfer.

Saarbrücken, 23. Juni.

Der ehemalige Hauptauschuß für die Jahrtausendfeier des Saargebietes, dem fast alle deutschen Verbände angehören, ruft zum 1. Juli die Saarbevölkerung zu einer Treuekundgebung auf, die die nationale Verbundenheit des Saargebietes mit dem Gesamtvaterland unterstreichen und dem Willen zur Rückkehr in das Reich Ausdruck geben soll.

Der wesentlichste Teil des Aufrufs hat folgenden Wortlaut:

Am 30. Juni verlassen die letzten Besatzungstruppen die rheinischen und pfälzischen Gebiete. Nach großen Mühen und schweren Opfern ist die Befreiung von materieller und seelischer Bedrückung erreicht, die zwölf Jahre hindurch auf Deutschlands Westmark lastete und den Fortbestand der nationalen Einheit in Frage stellte.

Rheinländer und Pfälzer erinnern sich in dieser historischen Stunde über die Sorgen des Tages hinaus ernst und würdig, aber frohen Herzens jener gewaltigen Kraft des Blutes und der Kultur, an der alle zerschmetterten Absichten zersplitterter Mächte und der verbrecherische Anschlag des Separatismus zerbrachen.

Einig und geschlossen werden sie darum den Tag der wiedererlangten Freiheit mit Kundgebungen des Dankes begehen und vor aller Welt erneut zu dem Geiste stehen, der ihrer Treue Erfüllung brachte. Wenn Rheinland und Pfalz für die Einheit Deutschlands manifestieren, dann dürfen wir nicht abseits stehen. Wir wollen es auch nicht, denn noch sind wir von der Rückkehr ins Vaterland ausgeschlossen,

noch sind wir Objekt fremder Begehrlichkeit,

noch vermeinen „nationale“ französische Kreise das nationale Empfinden von Deutschen mißachten und für den Sieg des Rechtsgedankens am Rhein sich an der Saar entschädigen zu dürfen.

Das aber, Landsleute, darf nimmer sein! Darum erwuchs aus der Mitte der Bevölkerung der Gedanke einer Treuekundgebung, die in der Nacht vom 30. Juni zum 1. Juli zugleich mit den Befreiungskundgebungen in den rheinisch-westfälischen Landen in folgenden Orten des Saargebietes vor sich gehen soll: Saarbrücken, Saarlouis, Merzig, Reunkirchen, Ottweiler, Homburg und St. Wendel, ferner in einem Ort des Warndorfergebietes.

Wir wollen unseren Brüdern in der befreiten Westmark einen Gruß zurufen in engster nationaler Verbundenheit. Wir wollen aber auch unserem Willen Gehör verschaffen, endlich wie sie ins Vaterland zurückzulehren. Soll zwischen Deutschland und Frankreich wirklich Friede sein, soll wirklich die Verständigung und Versöhnung der Völker beginnen, dann muß bei den Pariser Saarverhandlungen der annexionsistische Geist zurücktreten, dann dürfen vom Reiche nicht Opfer gebracht werden, die den deutschen Charakter unserer Saarheimat beeinträchtigen und eine gerechte Lösung unmöglich machen.

Das neue Amnestie-Gesetz.

Reichstagsberatung bis auf die Abstimmung beendet.

Berlin, den 21. Juni 1930.

In der heutigen Reichstagsitzung, in der Vizepräsident von Kardorff den Vorsitz führte, standen die Amnestieanträge der Deutschnationalen und der Kommunisten zur Debatte. Vom Ausschuß lag ein Antrag vor, das Straferlassgesetz vom Juli 1928 auch auf die vor dem 1. September 1924 begangenen politischen Tötungsdelikte auszudehnen. Ausgenommen davon sollen nur die Taten sein, die sich gegen einen Minister oder ein früheres Mitglied der Reichsregierung richteten. Die Verhandlungen über die Amnestie-Anträge wurden bis auf die Abstimmung, die am Dienstag nachgeholt werden soll, zu Ende geführt.

Abg. Leuthener (D. Vp.) gab für die Regierungsparteien mit Ausnahme der Bayerischen Volkspartei eine Erklärung ab, in der darauf hingewiesen wird, daß das Amnestiegesetz von 1928 Straffreiheit für alle politischen Delikte gewährte und lediglich die Verbrechen gegen das Leben ausgenommen hat. Dieses Gesetz sollte den Schluß bilden in der Reihe der Amnestiegesetze, die zweifelloso bildend zur Stärkung des Rechtsbewußtseins und der Achtung vor dem Gesetz dienten. Inzwischen habe sich aber die Notwendigkeit für eine Ergänzung dieses Gesetzes ergeben. Die im Haag beschlossene Räumungsmannschaft würde es als eine Ungerechtigkeit und Rechtswidrigkeit erscheinen lassen, wenn nicht auch für die übrigen im besetzten Gebiet begangenen politischen Straftaten volle Straffreiheit gewährt würde, und wenn diese Berganstellung nicht auch ausgedehnt würde auf politische Straftaten, die unter den gleichen Voraussetzungen außerhalb des besetzten Gebietes begangen sind. Vom Grundsatze der allgemeinen Rechtsgleichheit aus sei es deshalb auch nicht möglich, die sogenannten Fremden von der Amnestie auszuschließen.

Abg. Dieck (Komm.) verlangte eine allgemeine voll-

ständige Amnestie, von der jedoch die Gemeinverurteilten ausgeschlossen sein sollen.

Abg. Bamberger (Bayer. Vp.) gab eine Erklärung ab, wonach seine Partei gegen Amnestien sei, die eine geordnete Rechtspflege untergraben und außerdem in die Zuständigkeit der Länder eingreifen. Sie vertrete aber nicht, daß der Tag der Rheinlandbefreiung für einen besonderen Gnadenakt geeignet sei. Die überwiegende Mehrheit der Fraktion habe sich daher entschlossen, unter Berücksichtigung aller Bedenken ausnahmsweise für die Vorlage zu stimmen.

Abg. Dr. Overling (Dnt.) betonte, die Gemeinverurteilten hätten einen Abwehrkampf gegen Verräter geführt und dem Vaterlande große Dienste geleistet. Die Amnestierung sei eine Forderung der Gerechtigkeit. Zum Schluß empfahl der Redner noch eine Entschärfung, wonach in Erweiterung der Räumungsmannschaft auch Steuer- und ähnliche Delikte im besetzten Gebiet amnestiert werden sollten. Landgerichtsdirektor Siebert habe den Gemeinverurteilten bestätigt, daß sie im guten Glauben an eine vaterländische Sache gehandelt hätten.

Abg. Landsberg (Soz.) erklärte, die Kommunisten hätten der Amnestierung der Gemeinverurteilten zustimmen wollen, wenn ihnen weiteren Wünschen Rechnung getragen worden wäre. Eine Milderung der Strafen für die im Ausschußantrag genannten Delikte müsse im Gnadenwege geschehen. Die vorliegenden Anträge lehne seine Partei entschieden ab.

Reichsjustizminister Dr. Bredt

wies darauf hin, daß es sich um Verbrechen handele, die unter ganz außergewöhnlichen Umständen begangen worden sind. Der Stuttgarter Fall sei mit den Gemeintaten nicht zu vergleichen. Dort handele es sich um einen Mann, der aus vermögensrechtlichen Gründen mit voller Ruhe und Ueberlegung seinen eigenen Vater erschossen habe. Die württembergische Staatsregierung habe erklärt, daß eine Begnadigung unter keinen Umständen in Frage kommen könne. Von der Amnestie würden in erster Linie Delikte betroffen, die lediglich in Verteidigung der deutschen Stellung am Rhein begangen wurden. Erst in zweiter Reihe kämen die Fälle der sogenannten Fremdenmorde. Die Reichsregierung sei mit dem Gesetzentwurf einverstanden.

Abg. Dr. Schetter-Adin (Ztr.) meinte, wenn die Amnestie manche Gemeinverurteilten begnadigen würde, die mit ganz besonderer Rohheit vorgegangen seien, so müßten diese wenigen Fälle in Kauf genommen werden. Im wesentlichen komme der Straferlass denen zugute, die gegen die Separatisten gekämpft hätten.

Am Montag wird der Haushalt des Reichsernährungsministeriums und im Zusammenhang damit das Dürstergesetz beraten werden.

Vertretertagung des Landbundes

Telegrammwechsel mit Hindenburg. — Gemeinsame Arbeit für die Rettung des Ostens.

Königsberg, 23. Juni.

Der Reichslandbund hielt in Königsberg eine Vertreterversammlung ab und beschäftigte sich eingehend mit der staats- und agrarpolitischen Lage. Von der Formulierung einer Entschlüsselung wurde Abstand genommen; statt dessen wurden die Führer beauftragt, dem Reichslandrat die Forderungen und Auffassungen des Landbundes darzulegen.

Dem Reichspräsidenten entbot der Landbund in einem Telegramm seine ehrfurchtsvollen Grüße, verbunden mit einem Dank für die richtungweisende Vorklage Hindenburgs vom 18. März. Reichspräsident von Hindenburg erwiderte die Grüße und schloß sein Telegramm mit den Worten: „Gemeinsame tatkräftige Arbeit muß dazu führen, der Notlage, die den deutschen Osten so schwer bedrängt, Herr zu werden.“

Im Verlaufe der Tagung behandelte Präsident Bethge die Bedeutung des Ostens. Gutsbesitzer Strähle betonte, mehr als Ostpreußen in den letzten drei Jahren an Reichs- und Staatshilfe erhalten habe, hätte es in Form von Steuern wieder abfahren müssen. Ostpreußen habe rund

1100 Zwangsversteigerungen,

die Reduzierung des landwirtschaftlichen Vermögens der Provinz auf ein Viertel der Vorkriegszeit und eine Verdreifachung des Pensionsdienstes zu verzeichnen.

Präsident Hepp wies auf die Krise auf dem Agrarweltmarkt hin und forderte Hilfsmaßnahmen auch für die neue Ernte sowie eine zielbewusste Zoll- und Handelspolitik. Jede Abmächung sei abzulehnen, die Deutschland die volle Freiheit in handelspolitischen Fragen zu nehmen suche. Die sofortige Kündigung des deutsch-finnischen Handelsvertrages oder die sofortige Lösung der darin enthaltenen, für das deutsche Volkerehefen untragbaren Bindungen sei zu verlangen. Die Handelsvertragsverhandlungen mit Italien müßten zu einer Lösung der vorhandenen Zollbindungen führen, um den Erzeugnissen des Obst-, Garten-, Kartoffel- und Weinbaues und der Geflügelhaltung über eine Verstärkung des zollpolitischen Schutzes zu erhöhter Rente zu verhelfen. Bezüglich innerwirtschaftlicher Maßnahmen sei die Verabschiedung des Brotgesetzes zu verlangen, die Verlängerung des Vermögenszwanges, die Verabschiedung des Reichsmilchgesetzes und die Erledigung des Weingesezes. Die Unrentabilität der Landwirtschaft müsse daneben von der kreditpolitischen Seite angepaßt werden.

Die Voraussetzung für den Erfolg der geplanten Osthilfe sei grundsätzlich die Herstellung der Rentabilität in der Landwirtschaft. Auch die jetzt zur Verfügung zu stellenden Millionen würden verloren sein, wenn man nicht gleichzeitig für eine allgemeine Lastensenkung Sorge. Den in der Regierungsvorlage zum Ausdruck kommenden Absichten, den Haushaltsdefizitbetrag mit irgendwie gearteten neuen Steuern zu beseitigen, müsse mit aller Entschiedenheit entgegengetreten werden. Die Forderung laute: Nicht Steueranbau, sondern Ausgabenabbau und damit Lastensenkung.

ge Ein-
nen Lo-
ab Klei-
brechen
ist, das
ie sofort

a sch a u
tkommen
e Brand-

her) hat
beindol-
Flug-
ben.

a Sonn-
mittags
nengen.
ikay ge-
sch die
ften es-
kehrte
Staa-
hmann,
r Bahn

rde die
nstedter-
bekhand-
räftiger
Angriff
tragen.
lammen
nnt

fand in
fahrerer
der aus-
fert. Zu-
sich eine
nen. Die
en euan-
und teil-
21 Fest-
lossen sich
von Augs-
Nürnberg
genen die
Die Auf-
nahme.
25 Bilder
Lugsburg,
oben eine
em Wert.

auf dem
olastische:

em Fried-
mit anschl.
Friedhofe

abendmahl.
Friedhofe

Kirche.
vor Fried-
riedhofe,
niffenheim.
rbanse.
abends 8

Gläser
Deckel
pparate
ringe
billig
futz
aus Schmb

Höpfer-Wschoff lehnt ab.

Eine amtliche Mitteilung. — Die Zentrumsfraktion hinter Brüning.

Amtlich wird mitgeteilt:

Zwischen Reichskanzler Dr. Brüning und dem preussischen Finanzminister Höpfer-Wschoff fand eine Aussprache über die politische Lage statt. Der Reichskanzler hat eine Entscheidung, wen er als Nachfolger des zurückgetretenen Reichsfinanzministers Dr. Noldehauer dem Herrn Reichspräsidenten vorschlagen wird, noch nicht getroffen.

Wie wir über diese amtliche Mitteilung hinaus erfahren, soll der preussische Finanzminister in seiner Unterredung mit dem Kanzler erneut zum Ausdruck gebracht haben, daß er aus allgemeinpolitischen Erwägungen nicht in der Lage sei, das Amt des Reichsfinanzministers zu übernehmen.

Die Zentrumsfraktion des Reichstages nahm einen Bericht des Reichskanzlers über die politische Lage entgegen. Der Reichskanzler beschäftigte sich in seinen Ausführungen in der Hauptsache mit den Gründen, die die Regierung zur Einbringung ihrer Deckungsvorlage veranlaßt haben und betonte dabei, die Regierung werde zwar in der Form mit sich reden lassen, in der Sache aber beharre sie unbedingt auf ihrem Standpunkt. Eine Aussprache über den Bericht des Reichskanzlers fand nicht statt. Der stellvertretende Vorsitzende der Fraktion stellte fest, daß die Zentrumsfraktion geschlossen hinter dem Reichskanzler Brüning und der Reichsregierung stehe.

Reform-Gesetz verabschiedet.

Reichsrat stimmt der Beitragserhöhung in der Arbeitslosenversicherung zu.

— Berlin, 28. Juni.

Das Plenum des Reichsrats beschäftigte sich mit dem Gesetzesentwurf über die Arbeitslosenversicherung, der eine Erhöhung der Beiträge um 1 auf 4,5 Prozent vorsieht sowie Maßnahmen zur Senkung der Ausgaben und Stimmteilergebnisse zu. Stimmteilergebnisse in Hamburg, Bremen, Lippe, Braunschweig, Thüringen und einige preussische Provinzen.

Angenommen wurden auch die Ausschufsanträge, denen zufolge die Zustimmung unter der Voraussetzung erfolge, daß alsbald auch eine Neuordnung der Krisenunterstützung und der Unterstützung der Wohlfahrtsvereine erfolgt. Zur Vorbereitung dieser Neuordnungen sollte die Reichsregierung sofort eine Erhebung über die Zahl der Krisenunterstützten und Wohlfahrtsvereine in den einzelnen Gemeinden vornehmen.

Von Regierungsseite wurde mitgeteilt, daß sich die Reichsregierung dafür einsetzen werde, daß der Entwurf zur Krankenversicherung im Reichstag gleichzeitig mit der Novelle zur Arbeitslosenversicherung verhandelt wird.

Im übrigen verabschiedete der Reichsrat noch verschiedene Abmachungen mit fremden Staaten sowie eine Ausführungsverordnung zu dem Reichsgesetz über die Gewährung von Zuschüssen für die Ansiedlung von Landarbeitern.

Reich und Länder.

Beschlüsse über Organisation und Zuständigkeit.

Amtlich wird mitgeteilt: Der Verfassungsausschuss der Länderkonferenz für die Reichsreform schloß unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning seine Arbeiten über Organisation und Zuständigkeit des Reiches und der Länder ab. Er stimmte zu dem mit großer Mehrheit den Vorschlägen seines Unterausschusses zu. Die Schlussabstimmung selbst erfolgte mit 15 gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen.

Nach diesen Beschlüssen soll das Nebeneinander von Reichs- und preussischer Zentralgewalt beseitigt und leistungsfähige Verwaltungskörper zwischen dem Reich und den unteren Behörden in der Gestalt von neu zu gliedernden Ländern geschaffen werden.

Wenn es auch nicht gelingen konnte, diesen Ländern ein völlig einheitliches Gepräge zu geben, so ist doch eine Grundlage für eine gleichmäßigere und bessere Gestaltung des Reiches geschaffen. Ueber die gesetzgeberische Zangriffnahme des Reformwerks selbst wird die Reichsregierung nunmehr Beschluß fassen.

Zinsänderung für Aufwertungshypotheken.

Der Gesetzesentwurf über die Fälligkeit und Verzinsung der Aufwertungshypotheken, der die Reichsregierung ermächtigt, ab 1. Januar 1932 den Zinssatz zu erhöhen, ist nunmehr vom Reichsrat verabschiedet worden.

Ein preussischer Antrag, die Tilgungshypotheken von dem Gesetz auszunehmen, wurde mit 38 gegen 28 Stimmen abgelehnt. Die Vorlage wurde mit 39 gegen 22 Stimmen bei 5 Enthaltungen angenommen. Dagegen stimmte das preussische Staatsministerium, der Vertreter von Lippe und fast sämtliche preussischen Provinzen, während sich der Rest der preussischen Provinzen der Stimme enthielt.

Reform der Krankenversicherung

Einseitigkeit der Bauten. — Neue Bestimmungen über den Krankenschein.

Der Reichsarbeitsminister hat nunmehr dem Reichsrat den Entwurf eines Gesetzes über Änderungen in der Krankenversicherung vorgelegt. Aus den Bestimmungen des Gesetzesentwurfes wird bekannt, daß die Krankenversicherungsordnung in der Weise geändert werden soll, daß es den Krankenkassen in Zukunft nicht mehr möglich sein wird, besonders großartige Bauten herzustellen. Die für den Versicherten wichtigen Bestimmungen über den Krankenschein lauten in der neuen Fassung:

Bei der Abnahme von Arznei, Heil- und Stärkungsmitteln hat der Versicherte von den Kosten jeder Verordnung den Betrag von 50 Pf. zu entrichten. Für die Krankenhilfe hat der Versicherte einen Krankenschein zu lösen. Die Gebühr für den Krankenschein beträgt 1 Mark.

Der bisherige Zustand, daß die Angestellten im Krankheitsfalle Krankengeld neben Gehalt bezogen, wird durch folgende Bestimmung abgeändert: Der Anspruch auf

Krank- und Hausgeld ruht,

wenn und soweit der Versicherte während der Krankheit Arbeitsentgelt erhält. Auch die Beziehungen zwischen Krankenkassen und Ärzten werden neu geregelt. Die Krankenkassen sind verpflichtet, binnen einer Frist von drei Monaten nach Inkrafttreten des Gesetzes die Beiträge unter Berücksichtigung der Änderungen des Gesetzes neu festzusetzen. Das Gesetz tritt am 1. September 1930 in Kraft.

Deutschland—Amerika.

Der Reichsaussenminister über die beiderseitigen Beziehungen.

Dr. Curtius hielt eine Ansprache über die deutsch-amerikanischen Beziehungen und gemeinsamen Friedensbestrebungen, die durch Rundfunk in den Vereinigten Staaten verbreitet wurde.

Rückblickend gab er seiner Freude darüber Ausdruck, daß die Auswüchse der Kriegssphäre zwischen den beiden Völkern schon sehr bald nach Kriegsende verschwinden seien, und daß bei der Beurteilung des deutschen Schicksals in den Vereinigten Staaten

Wahrheit und Gerechtigkeit

sich mehr und mehr Bahn brechen. Er unterstrich besonders, daß Amerika eines der wenigen Länder gewesen sei, die das beschlagnahmte deutsche Eigentum den deutschen Eigentümern zurückgegeben haben. Amerikanisches Kapital habe Deutschland bei seinem Wiederaufbau geholfen. Weiter wies Curtius auf die rasche Wiederanbahnung des kulturellen Austausches, der wechselseitigen Beteiligung an sportlichen Ereignissen und die Zusammenarbeit auf technischem Gebiete hin.

Auch die Politik der beiden Staaten strebe nach einem gemeinsamen idealen Ziele, der Schaffung einer festen und

dauerhaften Grundlag: für den Weltfrieden.

Dr. Curtius gab ferner einen kurzen Überblick über die internationalen Abmachungen, die die Beziehungen der Völker untereinander regeln und mit deren Hilfe man Zusammenstöße zu vermeiden hofft. Anschließend erinnerte Reichsminister Curtius an den Berliner Besuch des Präsidenten der Carnegie-Stiftung und Columbia-Universität, R. M. Butler. Butler habe sich bereit erklärt, ein amerikanisches Komitee zu bilden, mit der Aufgabe, an einer Streikmann-Gedächtnisstiftung mitzuwirken, die eine Friedensakademie in Berlin einrichten solle.

Von der Länderkonferenz

Berlin, 28. Juni.

Der Verfassungsausschuss der Länderkonferenz für die Reichsreform schloß Sonnabend nachmittag unter Vorsitz des Reichskanzlers Dr. Brüning seine Arbeiten über Organisation und Zuständigkeit des Reiches und der Länder ab. Er stimmte zu dem mit großer Mehrheit den Vorschlägen seines Unterausschusses zu. Die Schlussabstimmung selbst erfolgte mit 15 gegen drei Stimmen bei zwei Enthaltungen. Nach diesen Beschlüssen soll das Nebeneinander von Reichs- und preussischer Zentralgewalt beseitigt und leistungsfähige Verwaltungskörper zwischen dem Reich und den unteren Behörden in der Gestalt von neu zu gliedernden Ländern geschaffen werden. Wenn es auch nicht gelingen konnte, diesen Ländern ein völlig einheitliches Gepräge zu geben, so ist doch eine Grundlage für eine gleichmäßigere und bessere Gestaltung des Reiches geschaffen. Ueber die gesetzgeberische Zangriffnahme des Reformwerks selbst wird die Reichsregierung nunmehr Beschluß fassen.

Politische Rundschau.

— Berlin, den 28. Juni 1930.

— Aus Anlaß der Befreiung des Rheinlandes finden am 1. Juli auch in den preussischen Hoch- und Berufsschulen Schulfeiern statt.

• **Nichtbrauch des mitteldeutschen Rundfunks durch einen Kommunisten.** Am Vorabend der sächsischen Landtagswahlen rief der Sprecher der Mitteldeutschen Rundfunk U.-G. nach Verlesen der Pressenachrichten den Rundfunkhörer mehrmals zu: „Wählt Kommunisten, wählt Liste 3.“ Dann wurde er am Weiterreden verhindert. Wie mitgeteilt wird, handelte es sich um einen Hofsprecher namens Fritz Gähler, der sich in gekündigter Stellung befand. Gähler wurde fristlos entlassen.

Rundschau im Auslande.

• Der französische Ministerpräsident will gegenüber dem sozialistischen Antrag, den Veres- und Finanzanschluß mit der Ausarbeitung eines genauen Berichtes über die verschwundenen Milliarden zu beauftragen, die Vertrauensfrage stellen.

• Der Präsident Brasiliens, Prestes, hat sich auf dem englischen Dampfer „Olympic“ nach Europa eingeschifft.

• In Kaschggar (Ostturkestan) ist der Vertreter der chinesischen Regierung, Banfukin, von unbekannten Tätern ermordet worden.

• **Einjährige Dienstzeit in Frankreich.**

• Um den vernichtenden Eindruck, den die Ankündigung der neuen Rüstungsausgaben machen mußte, einigermaßen zu vermindern, läßt die französische Regierung soeben eine Verordnung erlassen, nach der am 15. Oktober dieses Jahres die einjährige Dienstzeit endgültig in Kraft gesetzt werden soll.

• **Zuspühnung im Malta-Konflikt.**

• In Malta ist es während der Abwesenheit Lord Stricklands, der sich zwecks Beratungen mit der englischen

Regierung über den Konflikt mit dem Vatikan in London befindet, zu einer Spaltung gekommen. Das Kabinett ist zurückgetreten und hat die Portefeuilles dem Gouverneur überreicht. Die Verfassung ist auf unbestimmte Zeit aufgehoben worden.

Zwischenfall im Kriegsgräbergebiet

Paris, 28. Juni.

Havas meldet aus Arras: Ein Referent der Pioniertruppe, der gegenwärtig zu einer Übung in Arras weilt, verlangte von dem Chauffeur eines Autos, in dem sich deutsche Touristen befanden, die die deutschen Friedhöfe besuchten, die Entfernung zweier an dem Auto angebrachter Wimpel, von denen der eine in den französischen, der andere in den sächsischen Farben gehalten war. Auf die Weigerung des Chauffeurs rief der Offizier die beiden Wimpel vom Auto ab und zerriß sie. Die französischen Behörden haben eine Untersuchung des Zwischenfalles eingeleitet. Der Bürgermeister hat sich sofort bei den deutschen Touristen wegen des Zwischenfalles entschuldigt. Die Militärbehörde hat den betreffenden Offizier in Arrest genommen.

Erregung im Grenzgebiet.

Die letzte Ursache aller Zwischenfälle: die unmögliche Grenzziehung!

Wie aus dem Grenzgebiet gemeldet wird, ist dort die Erregung über den neuen deutsch-polnischen Zwischenfall bei Protesten außerordentlich groß. Die Bevölkerung lebt in ständiger Angst vor Angriffen, besonders da bekannt wird, daß die polnischen Grenzbeamten von Warschau Anweisung erhalten haben sollen, in sämtlichen Fällen von Zusammenstößen mit deutschen Beamten und auch deutschen Zivilpersonen sofort von der Schußwaffe Gebrauch zu machen.

In Berliner politischen Kreisen betont man, auch der letzte Grenzzwischenfall habe ebenso wie verschiedene andere Zwischenfälle die deutsche Schuldlosigkeit hundertprozentig bewiesen. Der Ursprung aller dieser Vorgänge sei die unmögliche Grenzziehung im Osten Deutschlands.

Neue Unruhen in Bombay.

500 Personen verletzt.

Auf der Maidan Esplanade im Zentrum des Geschäftsviertels von Bombay ist es zu schweren Zusammenstößen gekommen, an denen eine sehr große Menschenmenge beteiligt war. 500 Personen wurden verletzt, darunter sieben Frauen. 150 Verletzte mußten in Krankenhäuser überführt werden.

Die Unruhen begannen, als ein kleiner Trupp von Freiwilligen entgegen dem Verbot der Behörden eine Parade auf der Maidan Esplanade abhielt. Die Polizei trieb die Gruppe auseinander, wobei 25 Personen verletzt wurden. Etwa 200 andere Freiwillige versuchten darauf das gleiche Manöver. Eine ständig wachsende Menschenmenge überflutete die Maidan Esplanade. Schätzungsweise sollen sich

15 000 Personen an den Demonstrationen beteiligt haben. Die Polizei ging gegen die Menge mit Gummiknüppeln vor. Es gelang auch, die Menge auseinanderzutreiben. Der Präsident des Indischen Nationalkongresses, Pandit Nehru, war bei den Unruhen zugegen.

Deutschland-Fahrt „Graf Zeppelin“.

Der Start. — Zwischenlandung in München. — Von Berlin nach Hamburg und Schlefien.

Unter Führung Dr. Eckners startete das Luftschiff „Graf Zeppelin“ am Sonnabend bei regnerisch-trübem Wetter zu seiner viertägigen Deutschlandfahrt. Nach einer Kreuzfahrt über den reichvollsten Punkten der schwäbisch-bayerischen Hochebene nahm das Luftschiff auf dem Münchner Obermiesenfeld eine Zwischenlandung vor. Von München ging es nach Berlin.

Da Dr. Eckner in Berlin zu Verhandlungen zurückbleiben muß, übernimmt für die nächste Etappe Kapitän Lehmann die Führung. Nächstes Ziel von Berlin aus ist Hamburg. Von Hamburg wird der „Graf Zeppelin“ nochmals nach Berlin zurückkehren, um dann von Berlin aus drei Rundfahrten nach Schlefien auszuführen. Dienstag abend startet der „Graf Zeppelin“ zur Heimfahrt nach Friedrichshafen.

Unter den 20 Fahrgästen der ersten Etappe befanden sich als Vertreter ihrer Regierungen der amerikanische Konsul in Stuttgart, Dominian, der brasilianische Konsul in München, Torres, und der japanische Marineattaché in Berlin, Ramura.

Die Landung in Staaten.

Nach zweitägigem Aufenthalt in der bayerischen Landeshauptstadt, wo „Graf Zeppelin“ von etwa 100 000 Menschen auf dem Flugplatz Ober-Wiesfeld empfangen wurde, startete der Luftriesen nach Berlin. Nach schneller Fahrt über Nürnberg, Plauen, Leipzig überflog „Graf Zeppelin“ um die Mitternachtsstunde die Berliner Friedrichstadt. Da die Landung in Staaten bei Berlin erst in den Morgenstunden erfolgen sollte, machte das Luftschiff erst noch einen

Absteiger nach der Ostsee.

In den ersten Morgenstunden herrschte auf dem Flugplatz Staaten bereits ein reges Leben. Die Zahl der Besucher entsprach zwar nicht den Erwartungen, aber es waren doch etwa 10 000 Personen zum Empfang des Luftkreuzers eingetroffen.

Wie festgesetzt, landete das Luftschiff früh um sieben Uhr unter ungeheurem Beifall der Menschenmenge.

Als Dr. Eckner dem Luftschiff entstieg war, begrüßte ihn im Namen der Stadt Bürgermeister Scholz und sprach die Hoffnung aus, daß der „Graf Zeppelin“ nicht nur zu besonderen Gelegenheiten, wie diesmal zur Welttraffik-Konferenz, sondern recht häufig nach Berlin kommen möge.

Nachdem der Rebellin den notwendigen Betriebs-

in London
Kabinett ist
Bourgeois
Zeit auf-

iet
Juni.
ntnant der
in Urmas
in dem sich
hen Fried-
luto ange-
anzwischen
alten war.
er die bei-
anzwischen
alles einge-
deutschen
Die Witt-
Arrest

et.
mmutliche
ist dort
Die We-
affen, be-
n Grenz-
haben
ffen mit
Personen
hen.
an, auf
verschie-
uldlosig-
nd aller
ung im

ay.
des Ge-
ren Ju-
r groß
wur-
Berichte

Trupp
Behörden
elt. Die
25 Ber-
ewillige
ständig
Maidan

beteiligt
Gummie-
ge aus-
hen Un-

ns".
- Bon

ustschiff
tribem
Nach
ten der
ustschiff
ne Zwil-
Berlin.
zurück-
pe Ka-
Berlin
„Graf
dann
aus-
ppelin“

pe be-
amech-
astilla-
antische

rtischen
etwa
Bieson-
h Ber-
launen,
Ritter-
Lan-
unden
einen

f dem
Zahl-
ungen,
Entp-

h um
ischen-

ur, be-
scholg
ppelin“
esmal
Ber-

riebe-

hoff sowie Wasserstoffgas eingenommen hatte, erfolgte am 9.13 Uhr der Start zum Weiterfluge nach Hamburg.

Nächtlicher Besuch in Kopenhagen

Berlin, 23. Juni.

Das Luftschiff „Graf Zeppelin“, das bereits am Mittwoch über Berlin eingetroffen war, hatte ohne Aufenthalt seinen Kurs nach Norden genommen. Um 1¼ Uhr nachts wurde Neustrelitz passiert. Bei anbrechendem Morgen überflog das Luftschiff Warnemünde und Stralsund. Um 4¼ Uhr morgens war Kopenhagen erreicht, wo umgekehrt und direkter Kurs auf Berlin genommen wurde. Um 5 Uhr früh wurde die dänische Insel Møen an der südöstlichen Seite von Seeland, 30 Kilometer vom Festland entfernt, überflogen. Ueber dichten Wolken fliegend, erreichte das Luftschiff gegen 5¼ Uhr früh die pommerische Küste, um 5¾ Uhr traf es wieder über Stralsund ein, wurde um 6¼ Uhr über Neustrelitz gelichtet und passierte 6¾ Uhr Fürstenberg. In schneller Fahrt näherte es sich Berlin, wo es am 7 Uhr eintraf.

Reskretete wird nicht ausgetauscht.

Der preussische Kultusminister hat an den Generaldirektor der staatlichen Museen, Geheimrat Bachholdt, ein Schreiben gerichtet, in dem er von dessen Bericht vom 16. Juni über die Prüfung einer Weiterführung der Verhandlungen über den Austausch der Reskretete-Wüste Kenntnis nimmt und die darin ausgesprochene Meinung, vorläufig davon abzusehen, die staatsministerielle Genehmigung zu dem Austausch zu erwirken, gutheißt.

Konferenzempfang in Potsdam.

Einladung der Weltkraftkonferenz durch die preussische Regierung.

Die preussische Staatsregierung hatte am Freitagmittag etwa 1500 Teilnehmer der Weltkraftkonferenz zu einem Ausflug nach Potsdam zur Besichtigung des Schlosses Sanssouci und des Neuen Palais und zu einem Tee-Empfang in letzterem eingeladen. In 45 Gesellschaftsautos fuhren die Teilnehmer über die Allee durch Wannsee und Potsdam nach Sanssouci, wo die Teilnehmer sich durch den Park zur Besichtigung zum Schloß Sanssouci begaben und dann zum Neuen Palais fuhren. Hier wurden sie von Vertretern der preussischen Staatsregierung empfangen. Nach einer Besichtigung der historischen Schloßräume fand dann auf den Terrassen des Schlosses ein Tee im Freien statt.

Am Abend gaben die ausländischen Konferenzteilnehmer im „Kaiserhof“ ein Bankett zu Ehren des deutschen nationalen Komitees, das die Durchführung der jetzigen Tagung der Weltkraftkonferenz übernommen hatte. Bei dieser Gelegenheit hielt der bekannte schwedische Ingenieur Dr. ing. e. h. Johannes Ruths aus Stockholm eine

Rede auf den deutschen Ingenieur.

Der deutsche Mensch der Technik, so führte er aus, suche in den Schöpfungen der Technik jene Sehnsucht zu stillen, jene Frage zu beantworten, deren Lösung er früher in den großen Philosophemen und den künstlerischen Schöpfungen gesucht habe. „Ich sehe in den deutschen Ingenieurwerten, den Schöpfungen wohl meist unbewußt, die alte Sehnsucht des Dichters und Dichters weiterleben, und für mich stellt der deutsche Ingenieur mehr als irgend ein anderer in seiner Technik die Synthese des Forschers und des Schöpfers dar.“

Ein europäisches Großkraftnetz.

10 000 Kilometer Kabel.

Auf der Weltkraftkonferenz in Berlin entwarf Generaldirektor Dr. Oliven ein kühnes Bild von der Kraftversorgung Europas.

Nach seinem Vorschlag soll ein europäisches Großkraftnetz mit Hochspannungslinien die äußersten Länder Europas über die anderen europäischen Staaten verbinden, und zwar soll eine Linie von Standinavien nach den Alpen und Italien, eine andere von Galat nach Lissabon und eine dritte von Warschau nach dem Balkan führen. Von Osten nach dem Westen soll eine Linie von Polen nach Paris, eine zweite von Moskau am Don in Südrussland durch Oesterreich und die Schweiz nach Lyon gebaut werden. Das gesamte europäische Großkraftnetz wird etwa 10 000 Kilometer Leitungslinie haben. Die elektrische Energie soll in diesem Netz in Form von Drehstrom von 380 000 bis 400 000 Volt transportiert werden.

Dr. Oliven errechnet die Baukosten für das europäische Großkraftnetz mit 1,5 Milliarden Mark, wozu noch die Kosten für 25 Stationen und etwa 20 Umspannwerke kommen, so daß schließlich die Gesamtbausumme zwei Milliarden Mark betragen wird.

Kreuzerbesuch in Danzig.

Herzlicher Empfang der „Adln“.

Der deutsche Kreuzer „Adln“ hat der Stadt Danzig einen Besuch abgestattet. Aus diesem Anlaß prangte die Stadt im Flaggenhau. Bei der Einfahrt des Kreuzers in den Hafen hatte sich zu beiden Ufern der Weichsel eine viel tausendköpfige Menge eingefunden, die das Schiff mit begeisterten Hurra-Rufen begrüßte. Abends fand im Hotel des Danziger Rathhauses ein von der Regierung der Freien Stadt Danzig den Offizieren gegebenes Bankett statt.

Im Verlauf des Essens hielt der Präsident des Senats Dr. Sahm, eine Ansprache, in der er die Gäste namens der Danziger Regierung auf das herzlichste willkommen hieß und zugleich die zahlreichen Ehrenpreise, an der Spitze den Danziger Völkerverbands-Kommissar, Graf Savina, begrüßte.

Der Präsident wies auf den ersten deutschen Flottenbesuch vor drei Jahren hin und betonte, daß das Deutsche Reich den Kreuzer „Adln“ schickte, um dadurch auf neue die innere Verbundenheit, die auf den natürlichen Banden des Blutes, des Volkstums und der

Sprache, der Kultur und des Rechts beruhe, zu befestigen.

Der Präsident schloß mit einem dreifachen Hoch auf das Deutsche Reich und seinen Präsidenten von Hindenburg als Sinnbild deutscher Einigkeit. Der Kommandant des Kreuzers, Fregattenkapitän von Schröder, dankte dem Präsidenten für den festlichen Empfang.

Hinrichtung des Mörders Zell.

Der Einspruch der Reichsregierung vergeblich.

Der vom Schwurgericht in Ravensburg wegen Ermordung seines Vaters zum Tode verurteilte Landwirt Julius Zell aus Zweifelsberg ist am Sonnabend früh im Hofe des Amtsgerichts Ravensburg hingerichtet worden.

Der württembergische Staatspräsident Dr. Solz hatte die Anweisung zur Vollstreckung des Urteils erteilt, trotzdem die Reichsregierung auf Antrag des Strafrechtsausschusses des Reichstags der württembergischen Regierung nahegelegt hatte, vor der gesetzlichen Entscheidung über die Todesstrafe das Urteil gegen den Landwirt Zell nicht zu vollstrecken. Für den württembergischen Staatspräsidenten war bei der Ablehnung der Begnadigung neben der ausgefuchten Scheußlichkeit der Tat — Zell hatte seinen Vater auf den Dachboden gelockt, ihn hinterlistig ermordet und wie einen räudigen Hund hinter dem Hause begnadigt — die Tatsache bestimmend, daß keine der in Betracht kommenden Instanzen die Begnadigung empfohlen hatte.

Ein Grenzstädtchen in Flammen.

Deutsche Feuerwehren bringen Rettung.

In dem Reidenburg benachbarten polnischen Grenzstädtchen Janow entstand durch die Fahrlässigkeit einer alten Frau ein Feuer.

Fast die Hälfte des an 4000 Einwohner zählenden Städtchens ist innerhalb von drei Stunden ein Raub der Flammen geworden. Die Ortsfeuerwehr und die Wehren der benachbarten polnischen Städte blieben den Flammen gegenüber machtlos, so daß die Feuerwehren aus Reidenburg und anderen in der Nähe gelegenen deutschen Orten zu Hilfe gerufen werden mußten. 24 Wohnhäuser, 64 Scheunen und 37 Ställe sind vollständig niedergebrannt.

Zahlreiches Kleinvieh ist ums Leben gekommen. Ein Mädchen hat Brandwunden erlitten. Polnischerseits wird erklärt, daß ohne das tatkräftige Eingreifen der Reidenburger und der anderen deutschen Feuerwehren die ganze Stadt ein Opfer der Flammen geworden wäre.

Großfeuer in einem Dorf.

— Allenstein, 23. Juni. Durch ein Großfeuer wurde fast die Hälfte des Dorfes Reusaleka eingekäschert. 19 Gehöfte sind vollständig niedergebrannt und 25 Familien mit 131 Köpfen obdachlos geworden. Drei Personen wurden verletzt. Vieh ist nur wenig in den Flammen ungesunken. Der Schaden ist aber außerordentlich groß, weil die in Reusaleka wohnenden Bauern gering oder gar nicht versichert und an und für sich sehr arm sind.

Hilfsmassnahmen für die Chemiker Industrie

Chemisch. Der vom Räte eingesezte besondere Ausschuss zur Beratung von Hilfsmassnahmen für die Chemiker Industrie setzte unter Hinzuziehung weiterer Kreise der Behörden und der Wirtschaft seine Beratungen fort. Es waren u. a. zugegen: Vertreter der Industrie- und Handelskammer, des Hauptauschusses Chemiker Arbeitgeberverbände, des Verbandes sächs. Industrieller, des Arbeitsamtes Chemnitz, der Oberpostdirektion, der Reichsbahn, des Straßen- und Wasserbauamtes, des Neubauamtes der staatlichen Straßen- und Wasserbauverwaltung, der Gewerkschaften, des Verbandes der Arbeitgeber der Textilindustrie und des Wohlfahrtsamtes.

Oberbürgermeister Klart berichtete zunächst, daß man sich bisher schon von der Stadt aus an das Reichs-Arbeitsministerium und an das Sächsische Arbeits- und Wirtschaftsministerium gewandt habe, um zu erreichen, daß der heilige Bezirk als besonders Notstandsgebiet anerkannt werde und um weiter nach Möglichkeit zur wenigstens teilweise Verminderung der bestehenden großen Arbeitslosigkeit größere Mittel für die Ausführung von Notstandsarbeiten zu bekommen. Eine endgültige Stellungnahme dieser Ministerien liege jedoch noch nicht vor. Weiter habe man sich auch an die Reichstags- und Landtagsfraktionen gewandt und diesen umfangreiches statistisches Material über die Wirtschaftsnot im hiesigen Gebiet überreicht, um auch das Interesse der politischen Parteien für Massnahmen zur Behebung der bestehenden Not wachzurufen. — Die anwesenden Reichs- und staatlichen Behörden sagten ihre größtmögliche Unterstützung zur Behebung der Wirtschaftskrise durch Erteilung von Aufträgen, Einwirkung auf die zuständigen Reichs- und Landesstellen usw. zu. Weitere Massnahmen sollen demnächst in die Wege geleitet werden.

Sächsisches.

Wurz. Die Ortsverwaltung des Metallarbeiterverbandes bezeichnet in einer Zuschrift an das „Wurzener Tageblatt“ die Behauptung der Metallindustriellen, daß die Arbeiter unter der falschen Angabe, der Lohn eines Facharbeiters in der Beleuchtungsindustrie solle von 1,03 auf 0,845 RM herabgesetzt werden, in den Streik getrieben worden seien, als Irreführung der öffentlichen Meinung. Nach dem vom Verband der Metallindustriellen im Auftrage der beiden betroffenen Firmen ausgesprochenen Kündigung des Tarifvertrages, sollen ab 1. Juni ds. Js. für die beiden Firmen sie mit dem Metallarbeiterverband abzuschließenden Vereinbarungen gelten. Das bedeute, daß nicht mehr der bis-

herige Facharbeiterlohn von 1,03 RM in der Spitze, sondern der in der Metallindustrie von 0,845 RM als Einstellungslohn in Frage kommen solle. Der Schlichtungsausschuss Leipzig habe entschieden, daß das bisherige Tarifverhältnis bis Ende September ds. Js. unverändert weiterlaufen solle. Dieser Spruch sei von den Arbeitern angenommen, von den Unternehmern aber unter dem Diktat ihres Verbandes abgelehnt worden, so daß, nachdem mit einer Verbindlichkeitsklärung durch den Landesschlichter nicht gerechnet werden konnte, die Arbeitsunterbrechung unvermeidlich war.

Mittweida. Selbstmord. Beim Staubekken wurde der 29jährige Geschäftsreisende R. aus Chemnitz erschossen aufgefunden. Bei R. wurde ein Mittelung gefunden, in der er sich von seiner Braut verabschiedet.

Rohwein. Wohnhausbrand. In Oberranich wurde der Dachstuhl des Eckerischen Wohnhauses durch Feuer vernichtet. Auch verbrannte die gesamte Möbel-einrichtung einer Tochter, die in den nächsten Tagen heiraten wollte. Das Feuer soll durch einen schabhaften Schornstein entstanden sein.

Leipzig. In einem Hause der Inselstraße wurde eine 17jährige Stütze in der im vierten Stock gelegenen Wohnung ihrer Herrschaft, während diese abwesend war, überfallen. Die Stütze hatte vorher einige Geldgehälter in der Nachbarschaft erledigt. Kurz nach ihrer Rückkehr klingelte es an der Eingangstür. Als sie öffnete, sah sie sich einem unbekannten Mann gegenüber, der sie nach einem Untermieter fragte. Der Mann verlangte dann nach Schreibmaterial, um etwas aufzuschreiben. Als die Stütze die Tür schließen wollte, um Schreibpapier zu holen, lehnte der Mann den Fuß zwischen die Türe und schlug auf das Mädchen ein. Auf die gellenden Hilferufe stürzte der Räuber die Treppe hinauf und kletterte nach Aufbrechen einer Türe durch eine Luke auf das Dach. Von hier aus sprang er auf das Dach eines Nebenhäuses und gelangte durch die offenstehende Dachluke in eine Bodenlampe. Hier wurde er von einem Polizeibeamten gefasst und konnte festgenommen werden. Die Polizei hatte inzwischen sämtliche umliegenden Häuser abgesperrt, um sie zu durchsuchen. Der Festgenommene, der arbeitslose Markthelfer Apel aus Leipzig-Connewitz, machte in seiner Zelle einen Selbstmordversuch, der aber verhindert werden konnte.

Nachdem sich Apel erholt hatte, wurde er in die Zelle zurückgebracht, wo er unter Dauerbeobachtung blieb. Bei seiner Vernehmung erklärte er, er habe sich in dringender Notlage befunden, deshalb sei ihm der Diebstahl an einen Raub gekommen. Apel wurde der Staatsanwaltschaft zugeführt und in das Untersuchungsgefängnis eingeliefert. Er wird sich wegen verlustenen schweren Raubes zu verantworten haben.

Leipzig. Auf seiner Deutschlandfahrt berührte das Luftschiff „Graf Zeppelin“ auch den nordwestlichen Teil des Freistaates Sachsen. Das Luftschiff war am Sonnabend in Friedrichshafen aufgeflogen und nach einem einwöchigen Aufenthalt auf dem Flugplatz Oberwiesenthal bei München nachmittags 6.10 Uhr nach Berlin gestartet. Am 9.45 Uhr abends wurde Plauen überflogen und Kurs auf Bregl genommen.

Am 10.35 Uhr kam der Riesenleib im hellen Lichtmeer der JPA zum ersten Mal in Sicht. Nur ein Bruchteil der Leipziger hat das Riesen Schiff bewundern können, da niemand wußte, daß „Graf Zeppelin“ auch über Leipzig kommen würde. Die Stadt wurde in niedriger, aber ziemlich rascher Fahrt in nördlicher Richtung überflogen. Die wenigen Zuschauer begrüßten das Luftschiff mit Jubelrufen.

Dresden. Vom Ertrinken gerettet. In der Nähe der Loßwitzer Brücke wurde ein 14jähriger Schüler beim Baden in der Elbe von Krämpfen befallen und ging unter. Er konnte jedoch geborgen und durch Wiederbelebungsoverlebe ins Leben zurückgerufen werden.

Dresden. Einbrecher im Keller. Im Haussturz eines Grundstücks in der Prager Straße wurde nachts von einer Frau ein Mann getroffen, der aus dem Keller kam und flüchtete. Im Keller fand die Polizei drei leere Koffer und eine Aktentasche mit Einbruchwerkzeugen. Offenbar war von mehreren Personen ein Einbruch in das im Erdgeschosse gelegene Schuhgeschäft geplant. Einige Stunden später wurde im Nachbargrundstück ein Mann gefasst und der Polizei übergeben. Es handelt sich um einen 40jährigen Werkzeugschlosser aus Berlin, der Schlüssel bei sich hatte, die zu den gefundenen Koffern passen. Auch wurde in einer Kiste verdeckt, Taschenlampe und Sperrhaken gefunden.

Kampf dem Kartoffelkäfer.

Die Pressestelle der Landwirtschaftskammer macht darauf aufmerksam, daß der Kartoffelkäfer in Frankreich sehr stark aufgetreten ist. Dadurch ist die Gefahr, daß der Schädling wieder einmal nach Deutschland eingeschleppt wird, gewachsen. Der Käfer wird nicht nur mit Kartoffeln und Pflanzgut, sondern auch mit Verkehrs-gütern aller Art verschleppt und vermag auch weite Strecken zu überfliegen. Besteht der Verdacht, daß auf einem Grundstück Kartoffelkäfer aufgetreten sind, so ist unverzüglich der Ortspolizei Mitteilung zu machen. Außerdem sind die zuständigen staatlichen Stellen für Pflanzenschutz und die Biologische Reichsanstalt für Land- und Forstwirtschaft in Berlin-Dahlem zu benachrichtigen. Wer die Meldung unterläßt, macht sich strafbar.

Anhaltende Arbeitslosigkeit.

Vom Arbeitsamt Dresden wird mitgeteilt: Wenn auch die bisherige Entwicklung der Arbeitsmarktlage keine durchgreifende Entlastung des Arbeitsmarktes verspricht, so bestand trotzdem die Hoffnung, daß bei anhaltend günstiger Witterung wenigstens durch erhöhten Kräftebedarf der Außenberufe die Zahl der Arbeitsuchenden etwas verringert würde. Leider ist aber auch in den ersten beiden Wochen des Monats Juni selbst die geringste Entlastung des Arbeitsmarktes ausgeblieben. Im Gegenteil, die Lage hat sich immer mehr verschlechtert, in der Zeit vom 1. bis 15. Juni ist die Zahl der Arbeitsuchenden um 2057 gestiegen, so daß gegenwärtig wieder 60 460 Arbeitskräfte zur Arbeitsvermittlung angemeldet sind. Fast aus allen Zweigen von Handwerk, Handel und Industrie ist eine Verschlechterung der Lage zu melden. Nur die Zigaretten-Industrie hat gegenwärtig dochsonjunktur, so daß in beinahe sämtlichen Dresdener Betrieben dieser Branche Einstellungen in größerem Umfange vorgenommen wurden.

